



Stellungnahme der TVT zum Betäubungslosen Schlachten
Erarbeitet vom Arbeitskreis 3 (Betäuben und Schlachten)
Verantw. Bearbeiter: Dr. Martin von Wenzlawowicz

(Stand Dezember 2006)

Die TVT lehnt die Durchführung von religiösen Schlachtungen ohne vorherige Betäubung weiterhin ab.

Am 23. November 2006 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass auch die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz es nicht ausschließt, einem sunnitischen Muslim, der von Beruf Metzger ist, eine Ausnahmegenehmigung vom Verbot des betäubungslosen Schlachtens zu erteilen.

Nach der Einfügung des Tierschutzes als Staatsziel am 26. Juli 2002 hatte der betroffene Landkreis versucht, in einem Revisionsverfahren das Urteil vom 15. Januar 2002 überprüfen zu lassen, das damals dem sunnitischen Metzger die Durchführung des betäubungslosen Schlachtens gestattet hatte.

Die TVT bedauert, dass das Gericht den Tierschutz nicht höher bewertet hat, zumal das betäubungslose Schlachten den Tieren nachweislich vermeidbare Ängste, Schmerzen und Leiden verursacht.

Die TVT stellt klar: Das Urteil bedeutet nicht, dass Muslimen das betäubungslose Schlachten generell gestattet ist. Es bleibt vielmehr dabei, dass im Genehmigungsverfahren anhand der Umstände des Einzelfalles zwischen den Staatszielen Tierschutz einerseits und Religionsfreiheit andererseits abgewogen werden muss, und dass für diesen Abwägungsprozess weiterhin hohe Anforderungen gelten.

Die Abwägung kann auch weiterhin dazu führen, dass unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles ein Überwiegen der Tierschutz-Belange angenommen und mit dieser Begründung eine Genehmigung für das betäubungslose Schlachten abgelehnt wird. Insofern hat sich durch das aktuelle Urteil für die Verwaltungsbehörden und die Muslime nichts geändert.

Um eine Genehmigung zum betäubungslosen Schlachten grundsätzlich versagen zu können, muss der § 4a Abs. 2 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes geändert werden. Die TVT fordert den Gesetzgeber auf, hierfür die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn das betäubungslose Schlachten muss aus tierschutzfachlicher Sicht nach wie vor entschieden abgelehnt werden. Die tierschutzrelevanten Aspekte sind in der Stellungnahme des AK3 vom 24.1.2002 (ergänzt im Mai 2005) dargestellt.

Die Freiheit der Religionsausübung sollte da enden, wo Tiere unnötig leiden. Die Schlachtung von Tieren, die nun entsprechend §20 a GG um ihrer selbst willen als Mitgeschöpfe geschützt werden sollen, darf nur unter Vermeidung vermeidbarer Leiden und Schmerzen geschehen.

Ein generelles Verbot des betäubungslosen Schlachtens, wie es in Island, Norwegen, Schweden, Neuseeland und der Schweiz gilt, wäre jetzt auch in Deutschland als deutliches Bekenntnis zur Ethik des Tierschutzes auch bei der Schlachtung notwendig.

Die Herausforderung für unsere Gesellschaft stellt sich darin, im Dialog mit den betreffenden Religionsgemeinschaften die heutigen Erkenntnisse und Wertvorstellungen bei der Gewinnung von Fleisch darzustellen und zu verteidigen. Die TVT steht hierfür mit ihrer Fachkompetenz zur Verfügung.

Die TVT fordert weiterhin eine Kennzeichnung von Fleisch aus betäubungsloser Schlachtung sowie von Produkten, die Fleisch aus betäubungsloser Schlachtung enthalten, damit es auch demjenigen Verbraucher, der die betäubungslose Schlachtung ablehnt, möglich ist, eine bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Auch Nebenprodukte aus betäubungsloser Schlachtung wie z. B. Schafsaitlinge und damit hergestellte Fleischerzeugnisse (Wiener Würstchen) müssen entsprechend gekennzeichnet werden.